

## EWE: Immer wieder im Zwielficht

Den Armen die strafende Faust, dem (ehemals?) wohlhabenden Kumpel die hel-



fende Hand. So könnte man die Geschäftspolitik der EWE gegenüber den Kunden auf den Punkt bringen. Tausenden säumiger Kunden wird - laut EWE - Jahr für Jahr der Strom abgedreht. Sie sollen gezwungen werden, sich das Geld für die nicht rechtzeitig bezahlte Rechnung irgendwie vom Munde abzusparen

oder anderweitig zu beschaffen. Bei diesen Kunden greift dann die offizielle Geschäftspolitik. Gemein und unsozial!

Richtig nett und entgegenkommend können Dr. Brinker und seine Untergebenen nur dann sein, wenn es um eine andere Sorte Menschen geht. Die kennt der EWE-Chef persönlich, und von denen darf man vermuten, dass sie auch nach einer Geschäftsaufgabe nicht am Hungertuche nagen werden. So konnte sich bekanntlich der ehemalige Inhaber eines bekannten Oldenburger Delikatessengeschäfts mit angeschlossenem Feinkostrestaurant über einen großzügigen Schuldenerlass der EWE in Höhe von ca. 5.000 € freuen. Laut EWE sei da nichts mehr zu holen gewesen.

Zwei BürgerInnen fanden sich damit nicht ab und erstatteten Anzeige gegen die EWE wegen des Verdachts der Untreue. Es kam wie nicht anders zu erwarten: Die Staatsanwalt drückte wieder einmal beide Augen zu und stellte inzwischen das Verfahren nach Vorermittlungen ein. Die Vorwürfe seien ent-

kräftet worden. Da kann man nur sagen: Wohl dem, der sich teure Rechtsanwälte leisten kann und zudem zu den einflussreichsten Personen der Region gehört. Außerdem scheint es so, als träfen unsere Strafgesetze mehr die kleinen Diebe als die großen Betrüger (siehe auch sign - Skandal!).

EWE-Kunden, denen die EWE in Zukunft mit der Stromsperre droht, sollten mit Nachdruck darauf verweisen, dass der Stromkonzern es auch anders kann und Entgegenkommen fordern. Alles andere wäre eine schreiende Ungerechtigkeit!

Die EWE braucht Gegenwind und Gegenwehr von unten. Je mehr, desto besser. Auf die Hilfe der staatlich bediensteten Juristen kann man nämlich wohl pfeifen!



## Arbeitszeit verkürzen - 30-Stunden sind genug!

Durch eine 30-Stunden-Woche an höchstens fünf Tagen in der Woche soll ein neues Normalarbeitsverhältnis definiert werden, von dem Beschäftigte auch leben können. Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich kann die Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung aktiv beendet, beziehungsweise verhindert werden.



Die Sicherung bestehender und die Neuschaffung von sechs Millionen Arbeitsplätzen würde jungen Menschen

eine sichere Berufs- und Lebensperspektive bieten und einen bedeutenden Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter und der Generationen im Arbeitsprozess darstellen. Dem Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit, sowie von Werkverträgen als besonderer Form der Erpressung von Beschäftigten durch das Ka-

pital wird dadurch der Boden entzogen und die Ausgangslage für weitere Arbeitskämpfe durch die Verkleinerung des Arbeitslosenheeres ("industrielle Reservearmee", Marx) verbessert.

Erkrankungen aufgrund steigender Anforderungen und Arbeitsverdichtung, vorzeitiges Ausscheiden durch Erwerbsunfähigkeit und Frühverrentung mit drohender Altersarmut werden massiv eingeschränkt.

"Demographische Entwicklung" und "Facharbeitermangel" bleiben dagegen Heißluftargumente des Kapitals, weil hundertausenden jungen Menschen eine qualifizierte berufliche Bildung seit Jahrzehnten vorenthalten wird.

Auch wer nach einem langen Arbeitsleben den Ruhestand ohne Armut verbringen will, sollte nicht erst mit 67 Jahren diesen genießen dürfen. Lebensarbeitszeitkonten sind nicht nur keine Alternative, sondern stellen sogar eine Arbeitszeitverlängerung in jungen Jahren bzw. in Zeiten erhöhten Arbeitsanfalls dar.

Der angehäufte Reichtum unserer 10 Prozent Oberschicht, die steigende Produktivität und die Gewinne der Unternehmen erlauben den Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auf die 30-Stunden-Woche!

Das kann aber nicht allein Sache von Tarifpolitik sein, sondern muss vielmehr Gegenstand eines gesamtgesellschaftlichen Kampfes um gesetzliche Regelungen sein. Die Überzeugung der Menschen, in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen für dieses Ziel zu kämpfen, ist die Voraussetzung für den Erfolg.



### Es ist Zeit für:

- ☆ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ☆ Rente ab 60 Jahren
- ☆ Sechs Wochen gesetzlich garantierter Mindesturlaub
- ☆ Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohnes von 10 Euro pro Stunde
- ☆ Einschränkung, dann Verbot, von Leih- und Zeitarbeit, sowie von 1-Euro-Jobs und Werkverträgen
- ☆ Ab sofort gleicher Lohn für gleiche Arbeit

## Kapitalistische Einheitspartei

Politikthemen, die uns allen eigentlich so richtig unter den Nägeln brennen müssten, spielten in diesem inhaltleeren Wahlkampf seit langem keine Rolle: NSU-Affäre mit mehreren unaufgeklärten Morden, einschließlich der Rolle der Verfassungsschutz- und anderer Ämter; Bespitzelung in einem as-



### Merkelraute: Opium für das Volk

tronomischen Ausmaß durch in- und ausländische "Sicherheits"dienste; Rentenklau; Armutslöhne; Euro-Krise; Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland - Kein Thema!!

Stattdessen bekam das Wahlvolk Stinkefinger, Merkelraute, Schland-Kette und Veggie-Day präsentiert. Bedeutsame politische Verschiebungen waren daher nicht zu erwarten und hat es am Wahlabend also auch nicht gegeben. Der Rausflug der FDP aus dem

## LLL-Gedenken

Die Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde startet am Sonntag, 12. Januar 2014.

Am Tag zuvor finden wieder zahlreiche Veranstaltungen statt - so die Rosa-Luxemburg-Konferenz der "jungen Welt" und natürlich die traditionelle Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Veranstaltung der DKP.

"Liebknecht kämpfte für uns alle", schrieb Rosa Luxemburg. "... Er hat gezeigt, dass man auch in Deutschland für seine sozialistische Überzeugung mit dem ganzen Men-

Bundestag ist zwar eine kleine Sensation, aber kaum von strategischer Bedeutung. Teile der Grünen und die Unionsparteien können mühelos deren politische Felder abdecken. Und mit der AfD etabliert sich eine reaktionäre Politikvariante, die, in Übereinstimmung mit Teilen des Finanzkapitals, ein Droh- und Druckpotential von rechts aufbaut.

Die KED (Kapitalistische Einheitspartei Deutschlands) wird uns also wahrscheinlich in ihrer schwarz-roten Farbkombination die nächsten vier Jahre beglücken. Schwarz-grün geht noch nicht. Von den derzeit maßgeblichen Kapitalkreisen war das auch so gewünscht. Die Agenda 2020 (siehe Artikel in dieser Ausgabe), neue Euro- und Bankenrettungsschirme, die lückenlose Überwachung und Bespitzelung der Bevölkerung, lassen sie ein Protestpotential befürchten, das am besten durch die SPD eingefangen und neutralisiert werden kann. Durch den 10-Punkte-Forderungskatalog der SPD könnten sich die Koalitionsverhandlungen zwar noch um Einiges hinziehen. Auch soll die Parteibasis gefragt werden, was für die SPD-Führung ein gewisses Risiko darstellt. Aber das kriegen die schon hin.

Eine kurze Bemerkung noch zum Wahlergebnis der LINKEN. Einerseits: Wer 1,4 Mio. Stimmen verliert, sollte sich mit Jubelarien zu-

rück halten ("drittstärkste Fraktion!!"). Noch so ein "Sieg" und diese Partei liegt nur noch knapp über den magischen 5 Prozent. Andererseits: Wenn man den o.g. Wahlkampf betrachtet und die ungleiche Behandlung durch die Medien, ist das Ergebnis der Linkspartei trotz der Verluste ein Achtungserfolg.



### SPD: Protestpotenzial einfangen

Bei allem Pessimismus bezüglich der bestimmenden Politik der nächsten vier Jahre, ließe sich von den Zielen bei den jetzigen Mehrheitsbedingungen von Rot-Rot-Grün zumindest theoretisch das eine oder andere im Bundestag durchsetzen, z.B. Anpassung Hartz IV, Mindestlöhne und höhere Steuern für Reiche.



schen einsteht."

Für diese Überzeugung fühlen wir uns unverändert verpflichtet. Wir laden auch 2014 Interessierte ein, mit uns gemeinsam nach Berlin zu fahren. Bitte einfach anrufen.

## Dr. Brinker gibt Unterricht

Der Verein Wigy, der sich für möglichst viel Wirtschaftsunterricht einsetzt, darf 20 Vertreter aus regionalen Unternehmen in die Schulen schicken. Diese dürfen dort jeweils eine Unterrichtsstunde erteilen.

Einer von ihnen ist der EWE-Chef Dr. Wer-

ner Brinker. Seine skandalumwitterte Vorgeschichte prädestiniert ihn geradezu, den Schülerinnen und Schülern Grundlagen der Wirtschaftsethik im Kapitalismus zu vermitteln.

Es ist zu hoffen, dass Dr.Brinker sich dieses Themas selbstkritisch annimmt, damit den jungen Menschen ein Licht aufgeht. Angesichts der Bedeutung und des Umfangs dieses Themas und der vielen selbstkritisch zu reflektierenden Skandalbeispiele, ist den Organisatoren zu empfehlen, dem EWE-Chef mehr Zeit einzuräumen als ursprünglich geplant.

**Ich will.....**

..... Mitglied werden

..... die UZ (Wochenzeitung der DKP) 4 Wochen kostenlos beziehen

..... eingeladen werden

..... Informationen bekommen

Name:.....

Straße:.....

PLZ, Wohnort:.....

E-Mail:.....

Ankreuzen und Einsenden an:  
siehe Impressum

**Die DKP steht für gemeinsamen Widerstand gegen Kapital und Kabinett, für Gemeinsamkeit der Linken, für radikale Veränderungen, für eine andere Gesellschaft, den Sozialismus!**

**www.dkp.de**

### Spenden? – Ja bitte!

Dann an  
DKP Oldenburg  
Konto-Nr. 25400060  
BLZ 280 501 00  
Landessparkasse Oldenburg  
Wir danken!

## Agenda 2020 - Annahme verweigern!

Wer gedacht hatte, mit der Agenda 2010 wäre der Appetit des Großkapitals gestillt, wird sich in der kommenden Legislaturperiode eines Besseren besinnen müssen.

Von Alt-Bundeskanzler Schröder über Heise (Chefvolkswirt der Allianz-Gruppe) bis zu BILD sind sich alle einig: Eine Agenda 2020 muss her, denn "Deutschland kann seinen Vorsprung nur verteidigen (...), wenn wir hart an unserer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten", so Schröder. In den Medien wird den Lohnabhängigen und Erwerbslosen in mundgerechten Happen serviert, wohin die Reise (weiter)gehen soll: Rente mit 70, Lockerung des Kündigungsschutzes, Ausbau der eigenverantwortlichen Gesundheitsversorgung und weitere Scheußlichkeiten, die im Kern neue Angriffe gegen uns darstellen.

Dabei sei der Blick auch auf den gesamteuropäischen Zusammenhang gerichtet: Die katastrophale, ja barbarische Situation weiter Teile der Bevölkerung Südeuropas ist in ho-

hem Maße auch der Agendapolitik der Bundesregierungen seit 2004 zu verdanken. Durch sie wurde einerseits die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Banken und Konzerne gesteigert, andererseits die Volkswirtschaften dieser Länder in Grund und Boden konkurriert. (Im Ergebnis drängen nun Menschen aus diesen Ländern auf "unseren" Arbeitsmarkt und werden die Löhne weiter unter Druck setzen.)

Die massiven sozialen Einschnitte in diesen Ländern dienen wiederum als "Argument", um im Namen der Wettbewerbsfähigkeit hierzulande den nächsten Sozialkassenschlag zu rechtfertigen.

Dieser Irrsinn folgt einer inneren Logik - der Profitlogik des Kapitalismus. Gegen diese Logik hilft nur eines: Die Logik des Widerstandes und der internationalen Solidarität auf die Straße und in die Betriebe zu tragen. Nur die Solidarität mit den griechischen, spanischen, portugiesischen und türkischen Werktätigen,



die ihren Kampf gegen die Verarmung in ihren Ländern führen, sowie unser Kampf gegen unsere Verarmung können eine weitere Runde des sozialen Rückschritts verhindern!

## Rechter Scharfmacher als NWZ-Kommentator

Was mögen sich die Verantwortlichen der NWZ eigentlich gedacht haben, als sie einen Herrn namens Alexander Will als Kommentatoren anheuereten? Reicht es nicht, dass diese nordwestdeutsche Monopolzeitung schon immer parteilich zugunsten der in unserem Lande Herrschenden war? Schien es ihnen notwendig, den Kampf gegen alles Linke zu verschärfen?

Tatsache ist, dass mit Erscheinen des Herrn Will auf der Meinungsseite der NWZ dort jemand auftritt, der ungehemmt gegen alle hetzt, die für friedliche Konfliktlösungen in der Welt eintreten, die sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzen und in diesem Zusammenhang die kapitalistische Wirt-

schaftsweise kritisieren und sie überwinden wollen.

In einem seiner neuesten Hetzkommentare gibt er dem Verfassungsschutz - entgegen dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes - die Empfehlung, Bodo Ramelow und andere Mitglieder der Linkspartei weiter zu bespitzeln und zu überwachen. Er lässt er sich zur Begründung sogar dazu hinreißen, den Kapitalismus mit einem von ihm erfundenen Menschenrecht auf freie wirtschaftliche Betätigung gleichzusetzen. Eine Partei, die dieses "Menschenrecht" Kapitalismus beseitigen wolle, werde also zu Recht überwacht und somit politisch ganz offiziell behindert.

Es ist schon mehr als peinlich, dass ein Kommentator der NWZ noch nicht einmal das

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland kennt oder es aber schlichtweg ignoriert. Letzteres wäre allerdings verfassungsfeindlich. Denn der Kapitalismus hat keineswegs Verfassungsrang. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes ist das Grundgesetz "wirtschaftspolitisch neutral". Deshalb ist jemand, der die kapitalistische Wirtschaftsweise überwinden und durch eine sozialistische Wirtschaftsweise ersetzen will, keineswegs schon deshalb ein Feind der Verfassung. Angesichts des einen oder anderen Kommentars des Herrn Will muss sich vielmehr die NWZ fragen lassen, ob es jetzt zu ihrer politischen Linie gehört, tatsächlichen Verfassungsfeinden eine Tribüne zu geben.

## Griechenland: Polizei stürmt Sozialklinik

Mit dem Vorwand, daß illegaler Drogenhandel betrieben wird, haben Ende Oktober Zivilpolizisten, Beamte der griechischen Arzneimittelbehörde und Richter die soziale Klinik und Apotheke bei Hellinikon in Athen gestürmt und durchsucht.

Just in dem Moment, wo sich die öffentliche Gesundheitsversorgung in Griechenland un-aufhaltsam verschlechtert und zusammen gekürzt wird, nimmt die Regierung kollektive und selbstorganisierte Bemühungen der BürgerInnen für eigene Gesundheitsstrukturen ins Visier. Denn sie stellen eine sichtbare Herausforderung und Gefahr für die Politik dar.

Die Metropolitane Sozialklinik in Hellinikon, sowie alle andere Sozialkliniken in Griechenland, werden als illegal bezeichnet. Die Sozi-

alkliniken aber werden, gerade weil sie gegen die katastrophale EU-"Spar"-Politik Widerstand leisten, tagtäglich von der Bevölkerung legitimiert. Bei der Sozialklinik in Hellinikon, genauso wie bei jeder anderen Sozialklinik in Griechenland, schaffen Freiwillige, darunter Ärzte aller Fachrichtungen, mit Leidenschaft ein Netz sozialen Schutzes, das eine große Notwendigkeit für die Bevölkerung ist. Denn jeder Besuch öffentlicher Krankenhäuser in Griechenland kostet mittlerweile 25 Euro. Und dann hat noch keine Behandlung stattgefunden. Bei den Sozialkliniken hingegen wird jeder Besucher gratis behandelt. Solange die Regierung ein Krankenhaus nach dem anderem schließt und immer mehr Menschen ihre Krankenversicherung verlieren, gründen Frei-

willige eine Sozialklinik nach der anderen.



Es ist davon auszugehen, dass die Regierung jetzt alle selbstorganisierten sozialen Einrichtungen in Griechenland ins Visier nimmt. Diese Angriffe dürfen keinen Erfolg haben. Die sozialen Kliniken und andere solidarische Netzwerke werden durch die Angriffe darin bestärkt, in ihrer Arbeit kraftvoll weiter zu machen.

## Verschlossene Schultüren für Jugendoffiziere

Landauf, landab treiben Jugendoffiziere der Bundeswehr an deutschen Schulen ihr



Unwesen. Ihr Auftrag: Nachwuchswerbung und das Erzielen von Zustimmung für Militär-

einsätze im Ausland (Deutschland wird am Hindukusch verteidigt).

Obwohl diese Jugendoffiziere freundlich daherkommen, psychologisch gut geschult sind (oft besser als Lehrerinnen und Lehrer) und häufig auch noch interessante interaktive Planspiele im Gepäck haben, regt sich Widerstand gegen ihre Schulbesuche. Erfreulicherweise gibt es sogar Schulen, die den Bundeswehrwerb per Konferenzbeschluss Hausverbot erteilt haben. Dazu gehört in Zeiten der offiziellen Glorifizierung der Bundeswehr eine gute Portion Mut.

Drei deutsche Schulen wurden nun - stellvertretend auch für andere - für ihre antimilitaristische Konsequenz mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Gut so, sollte man meinen! Immer häufiger werden aus Schulen Signale gegen die Militarisierung unseres Landes gesendet.

Absehbar aber auch die wütenden Reaktionen der Propagandisten der Kriege mit deutscher Beteiligung. Dabei natürlich die NWZ. In seinem Kommentar für das nordwestdeutsche Monopolblatt vom 9. Mai des Jahres zeigt Alexander Will in aller Deutlichkeit, das ihm zwecks Diffamierung jeder noch so bescheidenen Regung antimilitaristischen Widerstandes jedes verbale Mittel recht ist. Er spricht von Skandal, Kleingeistern und Borniertheit, meint aber nicht sich selbst und seine antipazifistische Gesinnung.

Dieses Wüten gegen Kriegsgegner hat in Deutschland Geschichte. Umso dringlicher ist es, den antimilitaristischen Widerstand auszuweiten. Es ist zu wünschen, dass die Jugendoffiziere der Bundeswehr auch in Oldenburg in Zukunft vor verschlossenen Schultüren stehen.

## Humanitäre Hilfe nur für das eigene Personal

Es hat derzeit den Anschein, als ob Bewegung in die Friedensverhandlungen in Bezug auf Syrien kommt. Eine Gelegenheit, einmal den Blick auf das Vorgehen Deutschlands in diesem Konflikt zu richten.

Den Vorwurf, sie wäre direkt in diesen Krieg involviert, würde die Bundesregierung natürlich weit von sich weisen. Und tatsächlich liefert sie - offiziell - keine Rüstungsgüter an irgendeine Kriegspartei. Sie unterstützt auch nicht direkt - wiederum offiziell - mit nachrichtendienstlichen Mitteln eine der Kriegsparteien. Und sie ist natürlich immer für eine friedliche Beilegung des "Bürgerkriegs" gewesen, unter der Voraussetzung natürlich, dass Bashar al-Assad - immerhin der rechtmäßige Präsident des Landes - abdankt. So wurde Syrien denn auch von Seiten der EU und der USA mit einer Reihe von Sanktionen überzogen und die diplomatischen Beziehungen ab-

gebrochen oder ausgesetzt.

Aus diesem Grunde finden humanitäre Hilfeleistungen aus Deutschland für dieses mittlerweile stark zerstörte Land den Weg vornehmlich nur in die von der "Nationalen Koalition" besetzt gehaltenen Landstriche an der türkisch-syrischen Grenze. Diese "Nationale Koalition" ist eine Bürgerkriegspartei, die seit zwei Jahren einen Dialog und ein Einlenken mit der rechtmäßigen Regierung in Damaskus verweigert und von der Bundesregierung als eine Art Gegenregierung bei mehreren Treffen in Berlin aufgebaut wurde. Dadurch, und durch die Ausweisung des syrischen Botschafters, wurde die BRD de facto zur Kriegspartei, wenn auch ohne offizielle Parteinahme. Indem sie nun ihre humanitäre Hilfe selektiv denen zu Teil werden lässt, die sie als ihre Kriegsfavoriten aufgebaut hat, heizt sie den Krieg weiter an und erhält ihn aufrecht.

Es wurde sehr viel Geld ausgegeben, um möglichst eine Exilregierung in den sog. "Befreiten Gebieten" zu etablieren und zu unterstützen. Der politische Einfluss der "Nationalen Koalition" aber ist schon seit geraumer Zeit am Schwenden zugunsten djihadistischer Terrorbanden. An den jetzt wohl anstehenden Verhandlungen in Genf, Ende November, werden sie nicht teilnehmen, das war von ihrer Seite auch gar nicht vorgesehen.

Eine konstruktive Rolle der Bundesregierung zur Unterstützung der Genfer Verhandlungen müsste darin bestehen, die "Patriot"-Raketen aus der Türkei abzuziehen, die nachrichtendienstliche Unterstützung der regierungsfeindlichen Gruppen durch das Spionageschiff "Oker" zu beenden und humanitäre Hilfe allen Menschen in allen Regionen Syriens zukommen zu lassen.

# Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP

Die Kommunistische unter den Linken.

[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

Jetzt  
4 Wochen  
kostenlos  
probelesen!

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

### Termine

**Di ★ 26. November:** "Gestohlene Jugend", Dr. Heinrich Hannover (bedeutender Strafverteidiger). MASCH, Goetheplatz 4, Bremen, 20.00 Uhr.

**Do ★ 5. Dezember:** Jahreshauptversammlung der DKP Oldenburg (Gäste willkommen). Bei Beppo, Auguststraße 57, 19.:30 Uhr.

**Sa ★ 11. Januar:** Traditionelle Luxemburg-Lieb-knecht-Lenin-Veranstaltung der DKP in Berlin.

**So ★ 12. Januar:** Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung zur Gedenkstätte der Sozialisten. Berlin, 10.00 Uhr Frankfurter Tor.

**Di ★ 16. Januar:** "Gewerkschaften - Krise oder Comeback?", Prof. Dr. Frank Deppe. MASCH, Goetheplatz 4, Bremen, 20.00 Uhr.

Die DKP Oldenburg trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr bei "Beppo".